

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim

Fraktion der CDU
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert
Fraktionsvorsitzender
Rathaus / Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer:
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 02.04.2019

Anfrage:

Im Hinblick auf den Wandel der Stadt Rüsselsheim am Main als „Electric City“ ab 2020 und die damit verbundenen Herausforderungen an die Feuerwehren der Stadt Rüsselsheim am Main, bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wird die Feuerwehr der Stadt Rüsselsheim am Main auf das zu erwartende erhöhte Aufkommen von Notfallmaßnahmen bei E-Autos, E-Ladestellen und mit Wasserstoff angetriebene Fahrzeuge vorbereitet?
2. Wird es Schulungen/Weiterbildungen der Feuerwehren -gegebenenfalls auch mit den Stadtwerken und der Werksfeuerwehr der in Rüsselsheim am Main ansässigen Fahrzeughersteller- geben und wenn ja, ab wann?
3. Welche zusätzlichen Anschaffungen für alle Feuerwehren im Stadtgebiet sind notwendig (z.B. zusätzliche Löschmittel oder -techniken, spezielle Werkzeuge, technische Ausrüstung)?
4. Welche Mehrkosten sind im Einzelnen zu erwarten?

Laut Medienberichten wird die Firma Adam Opel AG bis 2024 ihre Flotte komplett auf E-Motoren umrüsten. Bei der Firma Hyundai kommen nochmals mindestens 14 Modelle bis 2025 hinzu.

Das zu erwartende erhöhte Aufkommen der E- und Wasserstofffahrzeuge im Rüsselsheimer Stadtgebiet wird die Feuerwehren vor erhebliche Herausforderungen stellen.

Bei E-Autos bzw. Hybrid Fahrzeugen liegen 400 bis 600 Volt auf den Leitungen, die Batterien lassen sich zurzeit nicht löschen und die Lage der Batterien je nach Fahrzeugtyp ist dazu noch unterschiedlich. Bei Wasserstofffahrzeugen wiederum gilt der Inhalt des Tanks als „reaktionsfreudiges“ Gas und stellt die Einsatzkräfte ebenfalls vor neue, zusätzliche Herausforderungen.

Eine Kennzeichnung der E- und Wasserstofffahrzeuge ist noch keine Pflicht, eine 100%ige Zuordnung daher für die Einsatzkräfte oft nicht auf den ersten Blick möglich.



Michael Ohlert
CDU Fraktion